

OSTERTOR. EIN VIERTEL

Darf's auch'n büschen mehr sein?

So fragten wir – der Ortsverein Altstadt der SPD – vor einigen Jahren auf einem Plakat. Damals lautete unsere Antwort: „Nee, nur'n Viertel!“

Verständlich, dass die Geschäftsinhaber entlang des Ostertorsteinwegs immer schon ein „büschen mehr“ wollten: mehr Kunden, mehr Umsatz, mehr überlokale Bekanntheit.

Als der städtebauliche Kahlschlag mit der furchterregenden „Mozarttrasse“ 1973 – ganz wesentlich durch das Engagement des Ortsvereins Altstadt – verhindert werden konnte, erholte sich das von Flächensanierung bedrohte Viertel schnell wieder. Junge Singles, Studenten, Lehrer und Universitätsangehörige zogen als belebendes und auch kaufkräftiges Element zu. Aber es kamen und blieben zunächst öffentlicher Drogengebrauch und Drogenkriminalität, Leerstände, Parkplatznot und Verkehrschaos. Die Geschäftsinhaber und Beiräte haben seitdem in Zusammenarbeit mit den städtischen Verwaltungen in diesen Punkten viel Positives und auch nach außen hin Sichtbares geleistet. Trotzdem: irgendwie verging das Gefühl nicht, das Viertel befände sich auf dem absteigenden Ast. Die unter diesem Eindruck geplante Aufwertung des Straßenzuges Steintor/Ostertor durch ihre Umwandlung in eine Art Fußgängerzone scheiterte im Januar 1996 am Einspruch eines CDU-Bausenators, der dem Unwillen einiger Geschäftsleute mehr Gewicht beimaß als dem Willen der gewählten Beiräte. Inzwischen rüstete nicht nur die



Innenstadt auch mit erheblichen öffentlichen Mitteln für den Kampf um Kundschaft auf: Ansgarikirchof, Lloydpassage, Schlachte, Domshofpassage entstanden im Zentrum – und auch außerhalb entstanden gigantische Konsumtempel wie der Weserpark, das Walle-Center und die Waterfront ... Musste da nicht das Viertel besorgt sein, seine Attraktivität wenn nicht zu verlieren, so doch vermindert zu sehen?

In dieser Situation griff vor einigen Jahren die Interessengemeinschaft „Das Viertel“ e.V. (IGV, gegründet 1994 durch Zusammenschluss der beiden Interessengemeinschaften Steintor und Ostertor) eine aus der Not US-amerikanischer Großstädte geborene Idee auf, nach der sich kleinere städtische Straßenzüge oder Quartiere zu „Innovationsbereichen“ (BID = Business Improvement District) erklären können, um mit dem Geld und unter der Regie der dort ansässigen Grundstückseigentümer („Standortgemeinschaft“) dieses Gebiet zu entwickeln. Die bremische Bürgerschaft verabschiedete, nachdem Hamburg und Hessen vorausgegangen waren, im Juli 2006 das auf zehn Jahre befristete „Bremische Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren“, das als „Grundsatz“ im § 1 folgende Ziele enthält: „Förderung der Wirtschaft“, „Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen“, aber auch „Verbesserung der Situation von Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben“. Es stehen also die „Bevölkerung“ (wer immer das ist) und einige hundert Immobilienbesitzer und Geschäftsinhaber im Vordergrund; ob die Interessen dieser beiden Gruppen so ohne weiteres und immer in Einklang zu bringen sind, muss die Praxis erweisen. Im Mai 2009 stellte die IGV beim Wirtschaftssenator den Antrag auf Errichtung eines Innovationsbereiches für den Straßenzug Steintor/Ostertor. In der Begründung heißt es u.a.: „Unsere Straße hat sich gut behauptet. Trotz schlechter Konjunktur und enormen Zuwächsen an Einzelhandelsangeboten und in der Gastronomie an anderen Standorten ... Aber das reicht nicht mehr. Wir wissen, dass wir uns bewegen müssen ... Wir wollen

keine Nobelmeile. Das Angebot im Ostertorsteinweg und in der Straße Vor dem Steintor soll alle Schichten der Bevölkerung ansprechen.“ Die Stadtbürgerschaft beschloss im Oktober 2009 ein auf fünf Jahre befristetes Ortsgesetz, das die Vorstellungen der privaten IGV weitgehend übernahm. Über das Ortsgesetz hinaus enthält das IGV „Handlungskonzept“ auch Angaben zu den Zielgruppen. Ansprechen will man das „Publikum in ganz Bremen und der Region“, die „Fans von Werder Bremen“, Besucher und Besucherinnen des Krankenhauses, der Bibliothek, der Kunsthalle und des Theaters und schließlich auch die „Bewohner“. Im übrigen wird ein Mangel an Stellplätzen für Autos und Fahrräder beklagt und versprochen, sich für „neue Parkplätze“ und für „mehr Polizeipräsenz in der Straße“ einsetzen zu wollen. Der Ortsverein Altstadt der SPD verschließt sich nicht einer vernünftigen und ausgewogenen Weiterentwicklung des Viertels. Im Gegenteil: Er begrüßt alle Maßnahmen, die dazu beitragen, eine nachhaltige Einzelhandelsstruktur zu behaupten, die ein qualitativ hochwertiges und ausgewogenes Angebot für Anwohner und Besucher bereit hält. Es muss allerdings aus meiner Sicht verhindert werden, dass das Viertel lediglich zu einem Magnet für neue Kundenströme wird. Wir brauchen

kein neoliberales Konkurrenzdenken, das Stadtteil gegen Stadtteil und Straße gegen Straße ausspielt. Nach wie vor ist es die Aufgabe der staatlichen und städtischen Instanzen, die Entwicklungsprozesse zu steuern und sich um Schwerpunktsetzung und Ausgleich zu bemühen.

Zukünftig sollten zum Beispiel folgende Fragen vom Beirat, dem Ortsamt und der IGV diskutiert werden:

- Wie kann das Viertel für alle Bewohner weiter attraktiv sein?
- Wie können das gemäß den Marktesetzen zu erwartende Einsickern von internationalen Kettenläden und Kettencafes einerseits, die Entwicklung zur „Nobelmeile“ andererseits verhindert werden?
- Wie kann der Bestand an Geschäften für Einkäufe des täglichen Bedarfs gesichert werden?
- Wie kann auf den schmalen Wegen die Barrierefreiheit für Fußgänger, Kinderwagen und Rollstuhlfahrer garantiert werden?

Das Viertel ist schon lange nicht mehr ein Stadtteil unter anderen, sondern die Marke „1/4“ geworden. Die 23 000 dort wohnenden Menschen müssen erst noch – so meine ich – davon überzeugt werden, dass die Aktivitäten im „Innovationsbereich“ ihnen mehr Vor- als Nachteile bringen.

Klaus Auf dem Garten

TERMINE

- Gesundheitspolitik 2010 mit Staatsrat Dr. Schulte-Sasse; Mittwoch, den 25.8. um 20 h im La Cuchina, 1. Etage Ostertorsteinweg 27
- E-Taxis für unsere Innenstadt mit Jan Cassalette; Mittwoch, den 22.9. um 20 h im La Cuchina, 1. Etage Ostertorsteinweg 27
- Polit-Revue „Die Roten Reporter“; Gemeinsamer Besuch am Dienstag, den 28.9. um 20 h im Schlachthof, Anmeldung unter: u-hiller@gmx.de
- Die Entwicklung der Bremer Innenstadt und des „Viertels“ mit dem baupolitischen Sprecher Jürgen Pohlmann und dem Beiratsfraktionssprecher Holger Ilgner; Mittwoch, den 6.10. um 20 h im La Cuchina, 1. Etage Ostertorsteinweg 27
- Stippvisite in der Bürgerschaft/Bremischen Landtag; 24.8. – 26.8.; 28.9. – 30.9.; 9.11. – 11.11.; 7.12. – 9.12., Anmeldungen bitte unter: u-hiller@gmx.de oder unter 0160 – 93 86 73 17

SPD Ortsverein Altstadt – Ihre Ansprechpersonen

Für den Vorstand: Thomas Uhlig; Tel. 70 41 47

Für den Beirat Mitte: Holger Ilgner Tel. 79 49 977

Für die Bürgerschaft: Ulrike Hiller Tel. 32 70 60

Impressum:
Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt
V.i.S.P.: Dr. Bärbel Kühn

c/o SPD-Ortsverein Altstadt
Beim Paulskloster 28, 28203 Bremen
Redaktion & Layout: U. Hiller, A. Schaa

OSTERTOR BLATT®

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT · 1/2010 BREMEN · AUG 2010

GESUNDHEITSPOLITIK 2010

Der SPD-Ortsverein Altstadt lädt am Mittwoch, den 25.08.2010 um 20 h zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung mit Staatsrat Dr. Schulte-Sasse ins La Cucina, Ostertorsteinweg 27, ein.

Themen des Abends sind die gesundheitspolitischen Schwerpunkte des Bremer Gesundheitsressorts und ein Ausblick auf die Schwarz-Gelbe Gesundheitspolitik aus Berlin.

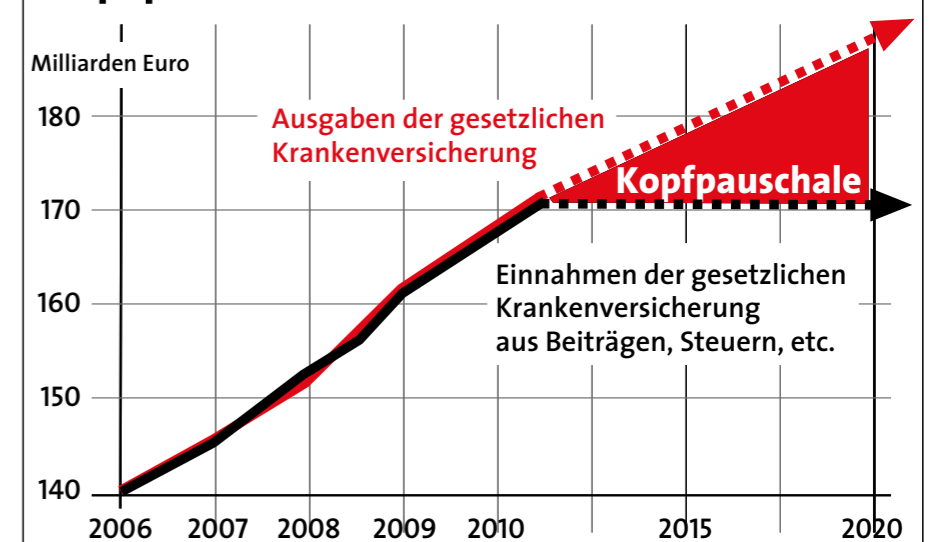
Die von der Bundesregierung beschlossene kleine Kopfpauschale stößt auf immer größeren Widerstand, weil damit die solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung abgelöst werden soll.

Geringverdiener und Familien werden zusätzlich belastet, während Gutverdiener mit geringeren Beiträgen rechnen können. Der Arbeitgeberanteil wird festgeschrieben, alle zukünftigen Beitragssteigerungen gehen einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. In der Hoffnung, dass der Markt es richten wird, werden Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe möglich.

Die Vorschläge der SPD zu einer solidarischen und zukunftsfähigen Finanzierung des Gesundheitswesens liegen mit der Bürgerversicherung auf dem Tisch.

Thomas Uhlig

Kopfpauschale durch die Hintertür



Ab 2011 sollen die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nur noch über die Zusatzbeiträge (roter Bereich) der gesetzlich Versicherten bezahlt werden. Für alle anderen bleiben die Kosten gleich. Dies ist die Kopfpauschale durch die Hintertür.

DIE ROTEN REPORTER IN BREMEN

Einladung zur Polit-Revue mit der Bremer Jugendkantorei und dem Bremer Kaffeehausorchester

Gesang, Schauspiel, Kabarett, Chor, Agit-Prop: Die Polit-Revue vom Ende der Weimarer Republik in Bremen ist das neue spannende Projekt der vielseitigen Bremer (Kinder- und) Jugendkantorei. In dem Stück geht es um Agitation, Zivilcourage, Verrat und Loyalität – ein Stück voller Witz und Verstand aus einer Zeit, die für Jugendliche heute schon sehr weit weg ist. Bremer Agitprop-Gruppen („Agitation und Propaganda“) aus den 30er Jahren, wie die „Roten Raketen“, zeigten damals über die Musik ihre politische Haltung und wurden dafür politisch verfolgt. Die Polit-Revue „Rote Reporter“ will als Revue diese historische Zeitspanne neu in das politische Bewusstsein und auch das kulturelle Gefühl der Bremer Jugendlichen – und Erwachsenen – rücken helfen; aktuelle Bezüge gibt es genug. Die Vielschichtigkeit der Weimarer Republik wird in den Songs und Theaterszenen wieder lebendig.

Das Projekt ist eine Kooperation mit der Chorleiterin Ilka Hoppe (Idee und Texte), dem Bremer Kaffeehausorchester (Arrangements und Musik) und Gudrun Soujon (Choreografie). Die Bremer Kinder- und Jugendkantorei ist ein engagiertes und vielseitiges künstlerisches Projekt für inzwischen 100 Mädchen und Jungen zwischen 6 und 18 Jahren. Sie proben in drei Altersgruppen als Kinder-, Mädchen- und Jugendchor unter der Leitung von Ilka Hoppe – neue Mitglieder mit Freude am Singen sind immer willkommen!

Aufführungen:

28. und 29.9.2010 um 20 h im Schlachthof, Kesselhalle.

Eintritt: 12,00 €, ermäßigt 10,00 € über Nordwest Ticket an allen bekannten Vorverkaufsstellen und dem Weser Kurier (auch mit AboCard).

Ilka Hoppe



**FONDS
SOZIOKULTUR**

STIPPVISITE IN DER BÜRGERSCHAFT

Aktuelle Stunden, kleine und große Anfragen, lebendige Debatten zu vielfältigen Themen: Die Bürgerschaft ist die politische Bühne Bremens. Und ob gerade die ganze Stadt über einen Tagesordnungspunkt spricht oder ein Thema zur Sprache kommt, das eher am Rand des öffentlichen Bewusstseins angesiedelt ist – interessant ist ein Besuch von Landtag oder Stadtbürgerschaft immer.

„Ich würde mich freuen, wenn noch mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher die Möglichkeit wahrnehmen würden, bei einem Besuch während der Plenarwochen die Arbeit ihrer Abgeordneten näher kennenzulernen“, sagt die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete aus dem „Viertel“, Ulrike Hiller. Die Entscheidungen in der Bürgerschaft hätten vielfältige Auswirkungen auf das Leben in Stadt

und Bundesland. „Ein Besuch bietet die Chance, ungefiltert zu erleben, wie sie zustande kommen“, so Hiller.

Die Bürgerschaftsabgeordnete lädt Gruppen (Mindestgröße: 5 Personen) zu einer informativen Stippvisite in die Bürgerschaft ein. Zum etwa zweistündigen Programm gehören ein Einführungsvortrag, der Besuch einer Stadtbürgerschafts- oder Landtagssitzung sowie eine Diskussion mit Ulrike Hiller und evtl. weiteren Gesprächspartnern.

Nächste mögliche Termine sind: **24.8. – 26.8., 28.9. – 30.9., 9.11. – 11.11., 7.12. – 9.12.**

Uhrzeiten werden direkt vereinbart. Für Anfragen und Anmeldungen steht Ulrike Hiller unter: u-hiller@gmx.de oder unter Tel. 0160 – 93 86 73 17 zur Verfügung.

STICHWORT: BARRIEREFREIHEIT

Das Thema Barrierefreiheit auf dem Ostertorsteinweg hat in der Vergangenheit immer wieder für Gesprächsstoff gesorgt. In Zeiten des demografischen Wandels gibt es immer mehr Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Nicht nur Rollstuhlfahrer, sondern auch ältere Menschen oder Eltern mit Kinderwagen brauchen Platz auf den Gehwegen. Dieser ist im Ostertor aber bekanntermaßen knapp. An manchen Stellen stehen weniger als 1,5 Meter Bürgersteig zur Verfügung. Mit der Verbreiterung der Straßenbahngleise vor zwei Jahren hat sich dieses Problem sogar noch verschärft. Trotzdem besteht seitens der Geschäfte, Cafés und Kneipen natürlich ein berechtigtes Interesse, Tische und Stühle herauszustellen bzw. mit Aufstellungsschildern für sich zu werben, müssen Fahrräder abgestellt werden etc.

Um hier eine möglichst einvernehmliche und klare Lösung zu finden, hatte der Beirat am 3.11.2008 in seinen Beschluss aus seiner Sicht die Mindestanforderungen an die private und gewerbliche Nutzung des öffentlichen Raumes beschrieben. Auf dieser Grundlage wurde eine Vereinbarung auch mit der

Vertretung der Kaufleute im Viertel getroffen, die u.a. eine Begrenzung der Stellschilder, eine Mindestbreite von zwei Metern, die möglichst freigehalten werden sollte, sowie die Gewährleistung von durchgängigen Wegebeziehungen vorsah. Kurz: Fußgänger sollten ausreichend Platz haben und nicht Slalom laufen müssen. Dass dies Zugeständnisse von allen beteiligten Gruppen bedeutet, war allen klar. Leider wird diese Vereinbarung nicht immer und nicht überall eingehalten. Die Behindertenvertretung hat wiederholt auf Missstände hingewiesen, so dass von Seiten des Ortsamtes und der zuständigen Behörde die Einhaltung angemahnt wurde. Es steht außer Frage, dass die Geschäfte und Kneipen und andere Nutzer im Viertel Platz brauchen um sich zu entfalten. Dies kann aber nicht zu Lasten der Anwohner und Fußgänger gehen. Wir werden uns daher weiter für die Einhaltung der Vereinbarung einsetzen, weil wir glauben, dass sie einen vernünftigen Kompromiss darstellt im Sinne des Erhalts eines lebendigen und bunten Viertels, in dem sich Anwohner und Besucher wohl fühlen.

Holger Ilgner

E-TAXIS FÜR UNSERE INNENSTADT

Nicht lange forschen – fahren! Bremen hat die einmalige Chance, als Teil der Modellregion Elektromobilität Bremen/Oldenburg künftig mit elektrisch betriebenen Taxis auf sich aufmerksam zu machen. „Elektrotaxis im Regelbetrieb – das gibt es meines Wissens noch nirgendwo“, sagt Jan Cassalette vom Fachverlag „Hallo Taxi“.

Cassalette erläuterte jetzt der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ulrike Hiller die Pläne, für die es in Bremen bereits mehrere Mitstreiter geben soll. Einer davon ist Cassalette selbst, der sich kürzlich auch in den USA über aktuelle Fahrzeuge informiert hatte.

Dem Taxiunternehmer zu Folge kommen noch in diesem Herbst großindustriell gefertigte E-Automobile auf den Markt. „Technisch sind diese Fahrzeuge so weit entwickelt, dass man sie ohne Probleme als Taxi einsetzen kann“, sagt Cassalette.

Die verhältnismäßig geringe Reichweite von rund 100 Kilometern sei dabei kein Hindernis, „für 90 Prozent der Kundenwünsche hier bei uns in der Stadt reicht das völlig aus“.

An dieser Stelle kommt die Politik ins Spiel. Ulrike Hiller: „Damit dieses spannende Projekt Fahrt aufnehmen kann, muss klar sein, an welchen Haltpunkten die Ladestationen geschaffen werden sollen. Ich halte es für sinnvoll, dies kurzfristig mit den Beiräten vor Ort zu diskutieren und erst einmal zwei bis drei unübersehbare, citynahe Ladepunkte festzulegen – das ist realistisch.“

Dazu könnte beispielsweise der Goetheplatz zählen, schlägt die SPD-Politikerin aus dem Viertel vor. Auch die swb gehöre mit ins Boot, um die E-Taxi-Idee Wirklichkeit werden zu lassen – für weniger Diesellärm, weniger Motorengeräusche und eine bessere CO₂-Bilanz in der Stadt.

Wichtig sei auch, dass die Stationen von anderen E-Mobil-Fahrern „angezapft“ werden können, so Hiller. Entsprechende technische Lösungen, die eine genaue Abrechnung ermöglichen, gebe es bereits.

Der Ortsverein Altstadt lädt zu einer öffentlichen Diskussion mit Jan Cassalette am Mittwoch, dem 22.09. um 20 h im La Cuchina ein.

Milko Haase



Ulrike Hiller mit Taxiunternehmer Jan Cassalette